

L@ndworker

Arbeiten auf dem Land: Fakten, Meinungen, Hintergründe, Berichte

Liebe Leserinnen und Leser,

die Flut landwirtschaftlicher Themen ist gewaltig. Ob in der Tageszeitung oder im Internet: Preise, Produktionsquoten, Umsätze, Statements von Politikern und Berufen, alles das gibt es reichlich und in fast jeder erdenklichen Qualität. Nur von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Landwirtschaft ist kaum jemals die Rede. Über die, die es überhaupt erst ermöglichen, dass wir täglich essen und trinken können,

dass wir unsere Wochenenden auf dem Land verbringen können, herrscht Stillschweigen.

Das wollen wir mit dem **L@ndworker** ändern. Der Name unserer Zeitung ist denn auch Programm. In ihr soll berichtet, kommentiert und dargestellt werden, was die Beschäftigten in der Landwirtschaft interessiert.

Einem Wirtschaftssektor, in dem die Menschen auf dem Stall, auf dem Acker, im Büro, im Labor arbeiten.

Sie arbeiten mit Technik aller Art, mit Pflanzen und Tieren, sie sind gut ausgebildet, sie sind Hilfskräfte für bestimmte Tätigkeiten und sie kommen aus ganz Europa.

Die ländliche Arbeitswelt ist lange kein Thema mehr gewesen. Hier wird der **L@ndworker** eine Lücke schließen. Beharrlich und informativ werden wir zukünftig Themen verfolgen. Die erste Ausgabe widmen wir jahreszeitgemäß der

Saisonarbeit und geben Informationen zur Tarifpolitik, damit künftig niemand mehr um die Früchte seiner Arbeit gebracht wird. Abgerundet wird die erste Ausgabe mit Informationen anderer europäischer Agrarwirtschaften. Ich wünsche allen eine spannende Lektüre!

H.-J. Wilms

Hajo Wilms, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Bauen - Agrar - Umwelt



Europa in Bewegung: Unterkunft und Verpflegung weder frei noch garantiert

In diesen Tagen sieht man sie hier zu Lande wieder. Zu Hunderten auf den Spargelfeldern, Erdbeeranpflanzungen und später auf den Obstplantagen. Aber auch in Spanien, Frankreich, Italien und in den Niederlanden. In der Schweiz heißen sie Saisoniers oder arbeiten als Praktikanten. Früher kamen sie aus Spanien, Portugal oder Italien. Doch seit sich die wirtschaftliche Situation dort verbessert hat, sind sie selbstbewusster geworden und setzen ihre Be-

zahlung ins Verhältnis zur Arbeitszeit. Heute sind Menschen aus Osteuropa die billigsten Landarbeiter.

Von dieser Umschichtung profitieren vor allem die Erzeuger. Ginge es nach ihnen, würden sie die Arbeiterinnen und Arbeiter aus diesen Ländern am liebsten das ganze Jahr über behalten. Dabei ist die Rechtslage in Deutschland nicht schlecht. Es gibt Regelungen für die Unterkünfte und für die Bezahlung. Für die Aufenthaltsdauer,

nisse erledigt. Dann hat es dort eine Demonstration der Dorfbevölkerung gegeben. Mit dem Traktor sind sie durch den Ort gefahren und haben gefordert, die Polen sollten verschwinden. Die Arbeit war getan, und die Polen waren nicht mehr erwünscht.

Ein anderer Fall: In einem pfälzischen Dorf gibt es einen Landwirt, der Polen als Saisonarbeitskräfte beschäftigt, ohne ihnen eine Schlafstätte anzubieten. Darauf hin hat ihm der zuständige Sekretär der IG Bauen- Agrar- Umwelt Ärger angedroht. Und siehe da: Am nächsten Morgen gab es für alle Beschäftigten eine Schlafstatt. Wenn das Kartell der Schweigensamen aufgebrochen wird, haben solche Verhältnisse in der Gesellschaft keinen Platz.

Im Jahr 2000 hat das Europäische Bürgerforum im spanischen El Ejido genauer hingesehen. Dort leben 17 000 überwiegend aus Marokko stammende Landarbeiter in von der einheimischen Bevölkerung verlassenen Häusern, meist ohne Wasser, Strom, Bad und Toilette. Die massive Präsenz von 150 000 illegalen Ecuadorianern in Spanien wurde überhaupt erst durch einen tödlichen Unfall bekannt.²

Vergleicht man die Zustände in den einzelnen europäischen Ländern, scheinen sich vier Gruppen von Arbeitnehmern heraus zu kristallisieren. Zum einen sind es Einheimische, für die Erntearbeiten ein Zu-

fentliche Hand spart dort dadurch jährlich 10 000 €.³

Zur dritten Gruppe gehören ausländische Arbeitskräfte, für die jedes europäische Land gesetzliche Regelungen getroffen hat. Aber es hakt an allen Ecken und

höheren Lohn bekommt als den, den er den Arbeitnehmern weitergibt. Beschäftigt der Verleiher z.B. unangemeldet einen Arbeitslosen, der eine staatliche Unterstützung erhält, so liegt der Vorteil des Verleiher auf der

Saisonarbeit in Deutschland: Daten, Zahlen, Fakten

300 000 Saisonarbeitskräfte jährlich

Herkunftsländer: Polen, Rumänien, Ungarn, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Kroatien, Slowenien. **Trend zur Erhöhung:** 1991 gab es 78 594 polnische Saisonarbeitnehmer, 2000 schon 229 135.

Regionale Verteilung polnischer Saisonarbeitskräfte im Jahr 1999:

Rheinland Pfalz	18,5 %
NRW	16,3 %
Baden-Württemberg	16,1 %
Niedersachsen	15,0 %
Bayern	14,2 %
Andere insgesamt	19,9 %



brot bedeuten. Das hat eine lange Tradition. Eine weitere Gruppe Saisonarbeitskräfte bessert sich karge, staatliche Einkünfte auf. In Frankreich sind es Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, in Deutschland gibt es Modelle mit Lohnkostenzuschüssen, z.B. das Mainzer Modell. Gelegentlich werden in dieser Kategorie auch Menschen erfasst, die eigentlich in Deutschland gar nicht arbeiten dürfen. So arbeiteten im letzten Jahr am Niederrhein 30 Asylbewerber in der Gemüseernte. Die öf-

enden, vor allem bei der Bezahlung der geleisteten Arbeitsstunden. Der Grat zur Illegalität ist schmal. Die vierte Gruppe sind gänzlich illegale Beschäftigte, den sozialen Kräfteverhältnissen ungeschützt ausgeliefert.

In Großbritannien ist die landwirtschaftliche Arbeit in das System der „gangmaster“ eingebettet. Der gangmaster ist legal, er verleiht Arbeitskräfte an die Landwirte und bezahlt sie. Dabei lebt er von der Differenz, die sich daraus ergibt, dass er vom Landwirt einen

Hand. Des Beschäftigten auch. „Man begreift, wie verlockend sich das für die Arbeitnehmer darstellt...“, heißt es bereits 1997 in einer Studie der Föderation der Gewerkschaften des Agrarsektors.⁴

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt in Europa funktioniert nur deshalb, weil es einen rechtlosen Raum gibt, in dem der

Fortsetzung auf Seite 4

In dieser Ausgabe

Zukunftsorientierte Lohn- und Tarifpolitik für den Agrarbereich ...	2
„Tarifpolitik europäisieren“	2
Die Unsichtbaren aus dem Schatten holen.....	2
Die soziale Frage in der europäischen Agrarpolitik	3
Saisonarbeit in Frankreich - Auf zu neuen Ufern	3
In Zimbabwe und überall auf der Welt	4
Kurz und gut	4

den Versicherungsschutz, die Arbeitszeit und das Einstellungsverfahren.

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Es gibt erschütternde Beispiele, z.B. an der prächtigen Deutschen Weinstraße.¹ Dort haben die Saisonarbeiter in ihren Autos geschlafen und eben auch all ihre Bedürfnisse bekannt.²

Zukunftsorientierte Lohn- und Tarifpolitik für den Agrarbereich

Mit der Gestaltung einer zukunftsorientierten Lohn- und Tarifpolitik will die IG BAU ihren Einfluss auf die Agrarpolitik in Bund, Ländern und Kommunen verstärken. Insbesondere geht es uns dabei um die Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Betriebe. Bundesweit bearbeiten wir ca. 300 Tarifverträge, die wir mit Arbeitgebern auf Bundes- und Länderebene sowie in den Betrieben vereinbaren. Das bedeutet, dass wir sie aushandeln, ausfertigen, veröffentlichen und schließlich wieder fristgemäß kündigen.

Unentbehrlicher Mitstreiter in diesem nicht immer leichten Prozess ist die Bundesfachgruppe Landwirtschaft; weiter sind das die Fachgruppen und Tarifkommissionen in den einzelnen Regionen und Betrieben. Mit ihnen zusammen vertreibt die IG BAU die Interessen der Mitglieder in der Branche Landwirtschaft, die die unterschiedlichsten Bereiche umfasst.

Vielfalt der Strukturen
Von den zahlreichen Aufgabenstellungen dieser Betriebe und Einrichtungen ausgehend verstehen wir uns

vorrangig als Interessenvertretung von
► landwirtschaftlichen FacharbeiterInnen wie Pflanzen- und Tierwirte, z.B. Melker, Schäfer, Schweine- oder Rinderzüchter, Bienenzüchter, Fischwirte sowie von Maschinen- und AnlagenfahrerInnen;
► Technikern und Meistern in allen Bereichen landwirtschaftlicher Produktion;
► Hilfskräften und Saisonarbeitern;
► Verwaltungs- und Leitungspersonal in den Betrieben;
► Angestellten und Beamten in öffentlichen Einrichtungen;

► Auszubildenden in all diesen Betrieben und Einrichtungen.

Ausgehend von der am 13. Juni 2002 vereinbarten Bundesempfehlung für die Landarbeiter- Lohntarifverhandlungen war es Aufgabe der IG BAU, diese Orientierung in den Regionen umzusetzen. Bedingt durch die unterschiedlichen Laufzeiten der Tarifverträge in den Regionen zog sich diese Tarifrunde bis März 2003 hin und ist nun bundeseinheitlich abgeschlossen. In der neben stehenden Tarifübersicht ist jeweils der Ecklohn in €/Stunde ausgewiesen.

Tarifübersicht (Ecklohn in Euro pro Stunde)

Region Hessen	ab 1.5.2003	8,90 €
Region Nord Mecklenburg- Vorp.	bis 30.6.2003	8,25 €
	ab 1.7.2003	8,46 €
Schleswig- Holstein	ab 1.5.2003	8,86 €
Region Niedersachsen- Bremen - Landwirtschaftskammer		
Hannover	ab 1.5.2003	8,93 €
Weser- Ems*	ab 1.8.2002	8,56 €
(* Der Arbeitgeberverband Landwirtschaft und Genossenschaften Weser- Ems e.V. ist nicht Mitglied im Gesamtverband der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände. Der Tarifvertrag für den Regierungsbezirk Weser- Ems wurde fristgerecht zum 30.04.2003 gekündigt. Er befindet sich zur Zeit in Nachwirkung.)		
Region Baden- Württemberg- Rheinland- Pfalz- Saarland		
Baden- Württemberg	ab 1.3.2003	8,86 €
Rheinland Nassau	ab 1.5.2003	8,51 €
Rheinhessen, Ortsklasse A	ab 1.5.2003	8,69 €
Ortsklasse B	ab 1.5.2003	8,66 €
Pfalz Zone I	ab 1.5.2003	8,56 €
Zone II	ab 1.5.2003	8,62 €
Region Berlin- Brandenburg		
Berlin	ab 1.5.2003	8,93 €
Brandenburg	bis 30.9.2003	8,07 €
	ab 1.10.2003	8,15 €
Region Sachsen- Sachsen/Anhalt- Thüringen		
Sachsen	bis 30.9.2003	7,85 €
	ab 1.10.2003	8,05 €
Sachsen/Anhalt	ab 01.05.2003	8,87 €
Thüringen	ab 10.5.2003	8,07 €
Region Bayern	ab 1.3.2003	8,90 €
Region NRW	ab 1.5.2003	8,93 €

„Tarifpolitik europäisieren“

Unter diesem Motto stand ein Gemeinschaftsprojekt der IG BAU und anderer europäischen Agrargewerkschaften. Mitgearbeitet haben: TGWU, Großbritannien; FNV- Bondgenoten, Niederlande; FGA- CFDT, Frankreich; CCAS- CSC, Belgien; EFFAT als europäische Föderation der Agrargewerkschaften sowie das deutsche PEKO- Institut.

In zwei Workshops und einer kleinen Konferenz wurde eine Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Systeme der Kollektivvereinbarungen vorgenommen. Im Vordergrund stand dabei die Frage: Welchen Lohn bekommen die Beschäftigten in der Landwirtschaft? Gefragt wurde auch nach den ausgezahlten Löhnen und dem Gegenwert der einbehalteten

Lohnbestandteile. Die anderen Länder haben z.T. wesentlich kompliziertere Abgabensysteme im Bereich der Renten, Krankenkassen u.a. Sozialleistungen als Deutschland. Ein objektiver Vergleich ist schwierig, zumal in anderen Ländern zusätzlich noch Beiträge für Qualifizierung (Frankreich) oder Beschäftigung (Niederlande) tariflich vereinbart sind.

Interessant auch die unterschiedlichen Lohnfindungssysteme. Während in Deutschland und den Niederlanden die Tarifpartner allein am Verhandlungstisch sitzen, hat in Frankreich und England der Staat Eingriffsmöglichkeiten im Rahmen von tripartiten Kommissionen.

In allen anderen Ländern gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn – nur nicht in Deutschland. Offen

blieb die Frage nach dem Sinn von Mindestlöhnen. In Frankreich und in England erschien uns die Absicherung vor einer allgemeinen Verarmung die Hauptursache für den Mindestlohn zu sein.

Ähnlich wie in Deutschland ist die betriebliche Mitbestimmung in allen Ländern aufgrund der geringen Betriebsgrößen nur schwach. Anders dagegen die überbetrieblichen Beteiligungsmöglichkeiten. In den Niederlanden und in Frankreich gibt es Grenzen, in denen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften Abstimmungsmöglichkeiten bestehen, z.B. im Bereich der Qualifizierung und der Branchenentwicklung.

Die Teilnehmer wollen den begonnenen Austausch fortsetzen. Erst nach einem gründlichen Informationsprozess kann es dann zu gemeinsamen tarifpolitischen Initiativen kommen.

Ein ausführlicher Projektbericht kann angefordert werden bei: PEKO- Institut, Luisenstraße 38, 10117 Berlin, office1@peco- institut.

Die Unsichtbaren aus dem Schatten holen

Der Landwirt erntet gerne mehr als er sät. Aber die, die ihm beim Einfahren der Ernte behilflich sind, müssen sich mit durchschnittlich 5,40 € zufrieden geben. Und damit stehen die rund 300 000 Saisonarbeitnehmer in Deutschland am unteren Ende der europäischen Lohnskala¹ und subventionieren damit die landwirtschaftliche Produktion dort, wo die Europäische Union gar keine Zahlungen vorgesehen hat: nämlich bei den Arbeitskosten. Verkehrte Welt.

Und die, die diese Arbeit leisten, sind unsichtbar. Unsichtbar, weil sie nicht zu Tausenden nach Feierabend aus den Fabrikatoren herausquellen, sondern weil sie nach drei Monaten Arbeit wieder in ihre Heimat verschwinden.

In einem Gartenbaubetrieb in Brandenburg wären die Arbeiter froh gewesen, wenn sie den statistischen Durchschnittslohn bekommen hätten. Dort wurden gerade einmal 0,40 € pro Kilogramm gepflückter Kirschen gezahlt. Fast überflüssig zu sagen, dass die ausschließliche Entlohnung nach Leistung nach den tariflichen Bestimmungen verboten ist. Die Liste der Verstöße ist lang.

Tatsache ist: Deutschland, eingeteilt in eine Zweiklassengesellschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen, schafft sich gerade eine dritte Klasse von Arbeitnehmern, die nicht

das Recht hat, ein Familienleben zu führen und sich in permanenter Rotation zwischen Arbeitsplatz und Wohnort befindet. Diese Entwicklung lässt

sich durch die bevorstehende EU- Osterweiterung nicht aufhalten, sehr wohl aber steuern.

Die Arbeitnehmerfreiheit wird es künftig allen Bürgern der EU ermöglichen, in einem Land der Union zu arbeiten. Das ist gut so und gehört zu den fundamentalen europäischen Rechten. Die Frage ist nur, zu welchen Bedingungen gearbeitet wird. Die Arbeitsbedingungen und die Löhne müssen künftig in einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag festgeklopft werden.

Es muss Schluss sein mit dem Verweis auf ortsübliche Löhne, die dehnbar sind.

Wir wollen, dass ein Saisonarbeitnehmer mindestens 1 500 € in der Lohntüte hat. Das ist gegenüber den Forderungen anderer Gewerkschaften mehr als

moderat.² Und sie brauchen menschewürdige Unterkünfte. Auch wer nur für kurze Zeit in der Landwirtschaft arbeitet, dem muss noch ein Leben nach der Arbeit zugestanden werden, länger als zehn Stunden am Tag sollte niemand arbeiten, und die 5-Tage-Woche sollte die Regel sein.

Die Landwirtschaft als Niedriglohnsektor und die Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte. Das passt nicht zusammen. Sonst verspielt die Branche ihren guten Ruf, der schon durch so vieles andere beschädigt wurde.

¹ Nach den offiziellen Angaben des Europäischen Arbeitgeberverbandes COPA-GEOPA

² Die schweizerische Gewerkschaft GBI fordert einen Mindestlohn für Landarbeiterinnen und Landarbeiter von 3.000,- Franken

Das will die IG BAU für Saisonarbeitnehmer

- Mindestlohn von 1 500 € als ständig anpassbaren Sockelbetrag
- Angemessene Lohngruppen
- 40- Stunden- Woche, verteilt auf fünf Tage als Regelfall
- 48- Stunden- Woche, verteilt auf bis zu sechs Tage nur aus triftigen Gründen
- Sonn- und Feiertagsregelung
- Überstundenregelung
- Angemessene und preislich zumutbare Unterkünfte
- Verbot der Unterbringung in Zelten, Baracken, Containern, Wohnanhängern und Reisemobilen
- Absicherung von Grundbedürfnissen wie Hygiene und Ernährung



Stichwort: Europäische Agrargewerkschaften

FGA-CFDT

- Die FGA ist eine von 17 Branchengewerkschaften in der CFDT, zuständig für Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.
- Sie vertritt 70 000 Mitglieder in der Landwirtschaft und in der Agrarproduktion.



- Die FGA ist die größte französische Agrargewerkschaft.
- Die FGA ist Mitglied von EFFAT und IUL.
- Mehr unter www.cfdt.fr.



EFFAT

- EFFAT ist die Europäische Gewerkschaftsföderation für den Nahrungsmittel-, Landwirtschafts- und Tourismussektor.
- Sie ist die Dachorganisation von 120 nationalen Gewerkschaften aus 35 Ländern Europas und vertritt die Interessen von mehr als 2,6 Millionen Mitgliedern gegenüber den europäischen Institutionen, europäischen Industrieverbänden und Unternehmensleitungen.
- EFFAT hat bereits in über 70 Konzernen Eurobetriebsräte eingerichtet.



EFFAT

- Sie führt einen erfolgreichen Sozialen Dialog und hilft den Gewerkschaften aus Mittel- und Osteuropa beim Aufbau starker, freier Gewerkschaften.
- Sie unterstützt eine nachhaltige Wende in der Agrar- und Nahrungsmittelpolitik, die menschen-, umwelt- und tiergerecht ist.
- Mehr unter www.effat.org.

Saisonarbeit in Frankreich - Auf zu neuen Ufern

Auch in Frankreich ist die Landwirtschaft ohne SaisonarbeiterInnen nicht denkbar. 850 000 Menschen verdingen sich dort jährlich auf diese Art und Weise. Bereits 1963 hat die Regierung mit Marokko und Tunesien ein bilaterales Abkommen über die Beschäftigung in der Landwirtschaft geschlossen, 1992 folgte dann eines mit Polen.

Das Rekrutierungsverfahren für diese Arbeitskräfte ähnelt dem in Deutschland. Der Arbeitgeber meldet seinen Arbeitskräftebedarf beim regionalen Arbeitsamt an. Kann ihm dort niemand vermittelt werden, wendet er sich direkt an eine Behörde, die ihm die Arbeiter aus Marokko oder Tunesien schickt. Die so angeworbenen Arbeiter bleiben für maximal sechs Monate in Frankreich, ihr Arbeitsvertrag kann um zwei Monate verlängert werden.

Doch diese Kontrakte Arbeitsverträge zu nennen, wäre schamlos übertrieben, denn aus ihnen resultieren keine Rechte, die anderen französischen Arbeitnehmern per Gesetz oder Tarifvertrag gewährt werden. Weder Lohnzuschläge, noch das Recht auf Wiederbeschäftigung, keinerlei soziale Absicherung. Diese Sai-

sonarbeiter sind die ex- und hopp- Arbeitskräfte der französischen Landwirtschaft. Jährlich legt die Regierung Kontingente fest, die deren Zahl und Nationalität regeln. Dieses Jahr werden es 12 000 sein, für das Jahr 2004 haben die französischen Gewerkschaften eine Reduzierung erstritten. 7 000 dieser ex- und hopp- Arbeitnehmer werden im nächsten Jahr in der französischen Landwirtschaft arbeiten. Auf sie hat die Gewerkschaft keinen Zugriff.

Die Gewerkschaft FGA- CFDT hat jetzt aber einen Weg eingeschlagen, die insgesamt über 800 000 Saisonarbeiter in das System der französischen Arbeitsregeln zu integrieren. Ihr Rezept lautet dabei: Sozialpartnerschaft und größtmögliche kollektive Regelungsdichte.

Im Juli vergangenen Jahres haben die französischen Sozialpartner eine Vereinbarung zur Saisonarbeit unterzeichnet, die seit November 2002 in Kraft ist. Damit werden viele Erleichterungen für die Saisonarbeitskräfte getroffen, und sie werden damit denen gleichgestellt, die unbefristete Arbeitsplätze haben. Die Arbeitszeit darf künftig nicht mehr als 39 Stunden pro Woche betragen. Es werden Jahresarbeitszeitkonten

eingeführt und damit auch die Möglichkeit zu arbeitszeitkürzenden Ruhetagen. Durch dieses System wird es endlich auch gelingen, die Höchstgrenzen für die Wochen- und Tagesarbeitszeit zu kontrollieren.

Auch in Sachen Weiterbildung werden Frankreichs Saisonarbeiter künftig verstärkt beteiligt werden. Wer vier Jahre lang insgesamt zwölf Monate in der Landwirtschaft gearbeitet hat und davon wiederum vier Monate

im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages, der kann in den Genuss einer individuellen Weiterbildung kommen. Damit wird nun auch für temporär Beschäftigte möglich, was bislang nur unbefristet beschäftigten Arbeitnehmerinnen in der Landwirtschaft möglich war.

Mit einer umfangreichen Broschüre über die Rechte der Saisonarbeitnehmer in der französischen Landwirtschaft füllt die FGA- CFDT eine Lücke, die bislang bestand. Die Broschüre informiert über Arbeits- und Aufenthaltdauer, über Arbeits- und Gesundheitsschutz, über die Arbeitslosen-, Kranken- und Sozialversicherung, über die Zuzahlrente sowie über

den jeweils geltenden Tarifvertrag.

Dieses Informationsrecht der FGA- CFDT räumt der lokalen Gewerkschaftsarbeit

dungen zu finanzieren. Deswegen hat sich ein paritätisch verwalteter Fonds gebildet, in den die Arbeitgeber einen Zuschuss zahlen. 25%



neue Möglichkeiten ein, denn in Zukunft wird jeder Saisonarbeitnehmer quasi automatisch den Gang zu seiner Gewerkschaft tätigen: Zur Information über sein Arbeitszeitkonto, zur Vermittlung einer Weiterbildung oder um sich über den Tarifvertrag zu informieren.

Für diesen Erfolg hat die FGA über zehn Jahre gekämpft und hat heute damit ein Instrument in der Hand, um die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu verstetigen und den Menschen in der Branche eine Perspektive zu bieten.

Dies alles ist natürlich auch eine Frage der Finanzen. Wie in Deutschland, sind auch in Frankreich die kleinen Betriebe nicht in der Lage, Weiterbil-

dieses Geldes wandern in die Hände der Gewerkschaften, die damit ihre Beratungsleistungen aufbauen können.

Auf die FGA- CFDT kommen mit diesen neuen Regelungen gewaltige Aufgaben zu. Betriebe wollen überzeugt werden, die Beratungsleistungen müssen erbracht werden und schließlich wollen neue Mitglieder gewonnen werden. Der Schritt aus der Prekarität der Saisonarbeitsverhältnisse ist aber geschafft. Für den einzelnen Arbeitnehmer bedeutet dies eine größere Stabilität seiner Berufsbiographie und damit eine Zukunfts-perspektive in der Landwirtschaft. Wir gratulieren und wünschen viel Erfolg für die nächsten Jahre!

Die soziale Frage in der Europäischen Agrarpolitik

Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft steht vor einem historischen Wendepunkt. Landwirtschaftlichen Betrieben, die grundlegende Standards der Beschäftigung von Arbeitnehmern verletzen, sollen die Agrarsubventionen gekürzt oder gestrichen werden. Damit wird eine langjährige Forderung der Europäischen Föderation der Agrargewerkschaften (EFFAT) erfüllt. Doch gegenwärtig versuchen

viele Verbände, diese Sozialklausel aus dem Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zu entfernen, andere Verbände haben sich das „Soziale“ auf die Fahnen geschrieben, ohne zu wissen, wovon sie eigentlich reden.

EFFAT hat deswegen zu einer europäischen Aktion zum Schutz von Sozialklauseln in der Agrarpolitik aufgerufen. Die IG BAU beteiligt sich daran.

Doch wie kann das europaweit verwirklicht werden? Grundsätzlich müssen die Direktzahlungen an den Faktor Arbeit gebunden

werden. Dabei ist der Schwerpunkt auf die ständige Beschäftigung zu legen. Saisonarbeit darf nur dazu gebraucht werden, Arbeitsspitzen

abzubauen. Das bedeutet: Ein Betrieb, der über das Jahr hinweg drei Saisonarbeitskräfte beschäftigt, muss einen ganzjährig be-



schäftigten Mitarbeiter nachweisen. Für Großbetriebe müssen Staffellungen gelten: Wer mehr als 50 Saisonarbeitnehmer beschäftigt, muss ab dem 50. Saisonarbeitnehmer einen vollzeitbeschäftigen Arbeitnehmer pro saisonaler Arbeitskraft einstellen.

Der Betrieb muss sicherstellen, dass insbesondere für ausländische Arbeitnehmer für fachliche Anleitung in deren Muttersprache gesorgt ist. Sachkundi-

ges Anleitungspersonal muss im Verhältnis 1:20 nachgewiesen werden. Betriebe, bei denen Verstöße im Zusammenhang mit Saisonarbeitskräften entdeckt werden, müssen neben einer Reduzierung ihrer Subventionen mit einem sofortigen Beschäftigungsverbot für Saisonarbeitskräfte belegt werden.

Mehr zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik unter www.igbau.de.



In Simbabwe und überall auf der Welt

Die Landarbeitergewerkschaft in Simbabwe und ihre Mitglieder gehören zu den wichtigsten Zielgruppen der Gewalt und Einschüchterung auf dem Land. Die angebliche „Landreform“ der Mugabe-Regierung hat Tausende von LandarbeiterInnen vertrieben und ihrer Lebensgrundlage und ihrer Rechte beraubt. Nach einem Generalstreik wurde das Büro der Farmarbeitergewerkschaft GAPWUZ niedergebrannt, Mitglieder und Funktionäre wurden ermordet.

Gewerkschaften zu stärken, aufzubauen und Mitglieder zu organisieren, das ist nicht nur unter solch bedrohlichen Umständen schwierig. Bereits seit vier Jahren setzt IUL auf den Aufbau von Agrargewerkschaften in Asien, Afrika, Zentral- und Osteuropa und in Lateinamerika als eine Alternative gegen den Ausverkauf von Anbauflächen an transnationale Konzerne und gegen die Folgen ungeschützter Wanderarbeit.

Mit dieser Arbeit füllt der internationale

Verband der Agrargewerkschaften ein politisches Vakuum, betrifft sie doch häufig die Menschen in klein- und kleinststrukturierter Landwirtschaft. Ihnen geht es häufig um für uns selbstverständliche Rechte: um Zugang zu Land und Saatgut und die Einhaltung fundamentaler Arbeitnehmerrechte. Im kommenden Jahr stehen u.a. Moldawien, Ost Timor, Thailand, die Philippinen, Peru, Uganda und Zimbabwe auf dem Arbeitsplan des Projekts Land & Freedom der IUL. Kontakt: www.iuf.org.

Fortsetzung von Seite 1

Lohnempfänger das schwächste Glied in der Kette ist.

Der Preisdruck auf die Landwirtschaft ist enorm, ausgelöst durch die Konzentration im Einzelhandel und natürlich auch durch das Verbraucherverhalten, denn kaum jemandem ist bewusst, dass in Lebensmitteln auch Arbeitskosten stecken. Beim Lebensmitteleinkauf am Wochenende zählt oft: Je billiger desto besser. Dies alles hat eine Abwärtsspirale erzeugt. Während bei uns polnische Saisonarbeitskräfte für fast jeden Lohn zu arbeiten bereit sind, arbeiten in Polen Ukrainer auf den Feldern und Plantagen.

Die Gewerkschaften haben es schwer, mit den temporären Arbeitnehmern in Kontakt zu kommen, geschweige denn, sie zu organisieren. Von den Illegalen gar nicht zu reden.⁵

Die agrarische Welt ist in europäische und internationale Zusammenhänge eingebettet. Wenn die europäische Landwirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will, muss sie qualitativ hochwertige Produkte bieten, die typisch für die Regionen sind, aus denen sie stammen. Und die können nur qualifizierte Arbeitnehmer erzeugen.

Die bisherige Politik der EU bestand darin, die Preise und die Mengen der Agrarproduktion zu stützen. Doch damit wird es in Zukunft zum Glück vorbei sein. Die Zahlungen an die Betriebe wer-

den künftig auch an Sozialstandards geknüpft werden. Für die Arbeitnehmer wird dies der Dreh- und Angelpunkt in der neuen Agrarpolitik werden.⁶

Die Mobilität der Arbeitskräfte in Europa ist nicht mehr aufzuhalten. Es hat aber nichts mit Fortschritt zu tun, wenn Beschäftigte im Land ihrer Wahl zusammengepfercht in Hütten hausen. Wo tarifliche Regelungen in dieser Frage unmöglich sind, muss Zwang geschaffen werden. Die IG BAU wird sich in dieser Sache im Herbst an den Europäischen Rat wenden.

Viele Menschen in Osteuropa werden nach neuen Einkommensquellen suchen müssen. Nur, weil ihr einziger Marktvorteil ihre geringen Ansprüche sind, dürfen wir sie nicht zur Beute grenzenloser Profitgier machen. Die Landwirtschaft ist höchst vielfältig und alle sind von ihr abhängig. Deshalb haben es die Menschen verdient, dass ihre Arbeit unter geregelten, soliden Bedingungen stattfindet und ihre Tätigkeit gesellschaftlich respektiert wird.

¹ S. ausführlich die Dokumentation der IG BAU, zu beziehen unter: agrar@igbau.de.

² Mehr dazu unter www.civic-forum.org, „Der bittere Geschmack von Obst und Gemüse“.

³ Pressemitteilung der Stadt Kamp-Lintfort vom 08.05.2003.

⁴ Die Studie „Die Schwarzarbeit in der Landwirtschaft“ entstand 1997 mit Unterstützung der EU-Kommission und bezieht sich auf Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Niederlande und Deutschland.

⁵ Ebenda, S. 60.

⁶ Mehr dazu unter www.igbau.de.

Gewerkschaften international: die IUL

Die IUL ist die Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeitergewerkschaften. Sie ist die Dachorganisation von 334 Gewerkschaften in 120 Ländern und vertritt als internationale Organisation in Genf 12 Millionen Arbeitnehmer.

Sie erstreitet weltweit die Annerkennung von Gewerkschaftsrechten und setzt sich für die Einhaltung von Menschenrechten ein.

Sie bekämpft die Folgen der Globalisierung für die Arbeitnehmer. Mehr unter www.iuf.org.



Dein Plus:
IG BAU Zusatznutzen

Der vorteilhafte Service für IG BAU-Mitglieder

Unter diesen Servicenummern erfahren Sie mehr:

- Bausparen/Baufinanzieren -
Service-Telefon 01805 - 07 07 70*
- Bankdienstleistungen -
Service-Telefon 01805 - 07 07 71*
- Versicherungen -
Service-Telefon 01805 - 07 07 72*
- Reisen -
Service-Telefon 01805 - 07 07 73*
- Bücher und mehr -
Service-Telefon 01805 - 07 07 74*
- Lohnsteuerhilfe -
Service-Telefon 01805 - 07 07 75*
- Telekommunikation -
Service-Telefon 01805 - 07 07 76*
- Auto & mehr -
Service-Telefon 02058 - 89 22 02
- Eintrittskarten für Freizeitparks -
Service-Telefon 09323 - 8 75 97 65

* 0,12 €/min

MS BAU 7007 04/03

++ impressum ++ impressum ++ impressum ++

Herausgeber: IG Bauen-Agrar-Umwelt | Bundesvorstand | Büro Berlin
Vorstandsbereich III | Hans-Joachim Wilms | Luisenstraße 38 | 10117 Berlin
Tel. 030 / 24 63 93 01 | agrar@igbau.de

Druck: toennes satz + druck, Erkrath

Redaktion: Sabine Graf | Jürgen Reusch | Frank Walensky

Fotos: Mehmet Ünal | Frank Walensky

Kurz und gut

IG BAU für EU-einheitlichen Pflanzenschutz

Positiv wertet die IG BAU die Vorschläge der Europäischen Kommission für eine „Strategie zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden“. Die Gewerkschaft sehe darin „einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Verbrauchern, Umwelt und Arbeitnehmern vor den unerwünschten Begleiterscheinungen des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der IG BAU, Hans-Joachim Wilms. Für Arbeitnehmer seien einheitliche Bedingungen in der gesamten EU von herausragender Bedeutung. Wilms sieht darin ein wirksames Mittel, um zu verhindern, vermeintliche Wettbewerbsvorteile durch die Absenkung von Umweltstandards und von Anforderungen an die Arbeitssicherheit zu erreichen. „Damit dienen die Bemühungen einer europäischen Harmonisierung in gleicher Weise der Gesundheit der Beschäftigten, der Arbeitsplatzsicherheit und der Lebensmittelqualität“, sagte der stellvertretende Vorsitzende. Das gelte insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden EU-Osterweiterung und dem hohen Anteil an Saisonarbeitskräften. Deswegen komme es jetzt besonders darauf an, nationale Umsetzungspläne zur Reduzierungen von Pflanzenschutzmitteln zu erarbeiten, die die Interessen von Beschäftigten, Verbrauchern, Landwirtschaft und Umwelt vereinigen. Weiteres unter www.igbau.de.

Solidarität mit Reisanbauern in Thailand

Der Lebensunterhalt von 5 Millionen thailändischen Jasminreisanbauern ist jetzt durch ein Forschungsprojekt des US Landwirtschaftsministerium (USDA) bedroht, in dem versucht wird, einen neuen Stamm zu entwickeln, der in den USA leicht angebaut werden kann. Die Forschung kann dazu führen, dass Jasminreis in den USA patentiert und produziert wird, was wiederum den Markt der thailändischen Landwirte zerstört. Zur Unterstützung der thailändischen Reisanbauern ist eine internationale Aktion notwendig. FIAN, die internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren, unterstützt Solidaritätsaktionen für die Betroffenen. Kontakt: FIAN Deutschland, Overwegstraße 31, 44625 Herne, Tel.: 02323/49 00 99, Fax: 02323/49 00 18, E-Mail: fian@fian.de, www.fian.de.

IG BAU fordert Reform des WTO-Agrar-Abkommens

Das derzeitige Agrarabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) als Teil der internationalen Welthandelsregeln muss so reformiert werden, dass es grundlegend auf Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und die Verwirklichung von Arbeitnehmerrechten ausgelegt ist. Für viele Entwicklungsländer besteht eine anhaltende direkte Abhängigkeit der Wirtschaft von Agrarerzeugnissen, aber auch die Schwierigkeiten bei der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen sind ein grundlegendes Problem des internationalen Handels- und Wirtschaftssystems. Die IG BAU wertet die geplante Reform des europäischen Agrarmodells als wichtigen Schritt, um die verfehlte Agrarpolitik der Vergangenheit zu beenden. Das bedeutet zugleich, dass die Industrieländer auf die Entwicklungsländer zugehen müssten. Weiteres unter www.igbau.de.